

Moderne Zeiten

Hamburgs Verwaltungsreform läuft.

Modern, effizient und kundenfreundlich – die Verwaltungsreform für die Wachsende Stadt

Bürgerschaft und Senat haben unmittelbar vor den Sommerferien die Weichen gestellt für eine umfassende Neuordnung der Hamburgischen Verwaltung. Mit dem neuen Bezirksverwaltungsgesetz wurde eine sehr wichtige Reform vollendet.

Mit diesem Beschluss hat das Parlament eine Veränderung der bezirklichen Verwaltung geschaffen, die den Namen Reform wirklich verdient. Die Bezirksversammlungen und damit der Einfluss der Bürger vor Ort werden nachhaltig gestärkt. Und es wird damit eine Verwaltung geschaffen, die den aktuellen Herausforderungen gewachsen ist.

Das haben Generationen von Parlamentariern in den vergangenen Jahrzehnten nicht erreicht.

Die Vielfalt der modernen Metropole

Eine Großstadt wird interessant durch Vielfalt.

Dazu gehört auch, dass sich Bezirke unterschiedlich entwickeln können, wenn ihre Bezirksversammlungen unterschiedliche Handlungsschwerpunkte setzen. Das ist dann der durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachte politische Wille der Bevölkerung vor Ort.

Diese Möglichkeit, die Entwicklung des eigenen Bezirks nachhaltiger als bisher mitgestalten zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für ein stärkeres lokales Engagement der Bürger und für ein größeres Interesse an stadtteilbezogenen Themen. Deshalb sollen in Zukunft auch mehr Aufgaben des Bezirksamtes einer Entscheidung der Bezirksversammlung vorbehalten werden. Durch eine Reform des Haushaltswesens der Bezirke werden die Gestaltungs-

Kundenzentren haben sich bewährt

Das von den Hamburgerinnen und Hamburgern sehr gut angenommene Konzept der „Kundenzentren“ wird auf weitere Angebote der Verwaltung übertragen. Es werden jetzt zusätzlich „Soziale Dienstleistungszentren“ sowie „Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt“ eingerichtet.

In diesen Zentren werden so genannte Verfahrensmanager den verwaltungsinternen Abstimmungsprozess übernehmen und gegenüber ihren Kunden abschließend entscheiden können („one face to the customer“).

Bürger und Unternehmen müssen sich dann nicht mehr an verschiedene staatliche Dienststellen wenden. Die Verwaltungskunden profitieren von kurzen Entscheidungswegen und kompetenten Ansprechpartnern.

Bezirke bekommen Verfassungsrang

Die Hamburger Bezirke sollen künftig auch Verfassungsrang bekommen. Alle drei Bürgerchaftsfraktionen haben dies in einem gemeinsamen Antrag formuliert, der im Herbst beschlossen wird.

Mit dieser Reform ebenen wir den Weg, um unsere Verwaltung zu einem positiven Standortfaktor für die „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ zu machen.

Die Bezirke sind vor Ort zuständig

Kernpunkt der neuen Aufgabenverteilung zwischen Landes- und Kommunalebene in Hamburg ist eine deutliche Stärkung der Kompetenzen der Bezirksversammlungen bei gleichzeitiger konsequenter Aufgabenentflechtung. Künftig werden die Bezirke zum Beispiel abschließend allein für die Bebauungspläne verantwortlich sein. Der Senat und die Bürgerschaft beschränken sich auf Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, wie die HafenCity.

Mit der Entflechtung vieler Durchführungsaufgaben auf der Ebene der Bezirksämter werden die Kompetenzen der Bezirke bei vielen lokal und regional besonders relevanten Punkten gestärkt. Die Zuständigkeit für den Städtischen Ordnungsdienst (SOD) wird auf die Bezirke übertragen, die damit jeweils einen Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) erhalten. In diesen BOD werden die heute bereits in den Bezirken vorhandenen Außendienstkräfte integriert. Dadurch wird deren Handlungsfähigkeit in den vor Ort besonders relevanten Fragen „Grün, Sauberkeit und Ordnung“ entscheidend ge-

Eindeutige Zuständigkeit für den Straßenbau

Künftig wird es nur noch zwei Kategorien für die Zuständigkeiten im Straßenbauwesen geben: Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt soll für alle Hauptverkehrsstraßen, die Bezirke sollen für die Bezirksstraßen zuständig sein.

Darüber hinaus werden die Zuständigkeiten der Bezirksämter für Gewässer erweitert. Die Bezirksämter sollen die Durch-

Die Zeiten von Doppelzuständigkeiten sind nun vorbei

Das neue Gesetz schafft die Grundlage für eine moderne, effiziente und vor allem bürgerfreundliche, weil auf Bürgerbeteiligung setzende, kommunale Verwaltung.

Die Zeit der Doppelzuständigkeiten ist endgültig vorbei. Die Verwaltung wird unter dem Gesichtspunkt der Bürgerfreundlichkeit optimiert.

Der vor einem Jahr von der Bürgerschaft eingesetzte **Sonderausschuss „Verwaltungsreform“** hat in ganz ungewöhnlich offener und sehr konstruktiver Art und Weise an diesem Gesetz gearbeitet. Dies gilt für alle Fraktionen, den Senat und vor allem für die Bezirksversammlungen. Gerade die Bezirksvertreter haben an diesem Vorhaben intensiv mitgewirkt.

So entstand ein Gesetz nicht nur für die Bezirke, sondern auch mit den Bezirken.

möglichkeiten der Bezirksversammlungen zukünftig erweitert.

Die Arbeit der Bezirksversammlungen wird durch diese zusätzlichen Haushalts- und Beteiligungsrechte spürbar aufgewertet. So wird eben auch die Attraktivität des politischen Engagements vor Ort gesteigert.

Ortsämter haben bereits viele Funktionen abgegeben

Die Bezirksverwaltung hat heute noch eine zweistufige Struktur. Die Ortsämter haben aber schon in den vergangenen Jahren sehr viele ihrer früheren Aufgaben an die Kundenzentren, an das Bezirksamt und zuletzt an die „ARGE Hartz IV“ abgegeben.

Mit dem neuen kundenfreundlichen Netz dezentraler Dienstleistungszentren ist es deshalb konsequent, die Ortsämter jetzt aufzulösen. Gleichzeitig werden die Strukturen der Bezirksverwaltungen einfacher und transparenter. Die Bezirksversammlungen sollen zukünftig das Recht erhalten, eigene Regionalausschüsse zu bilden, um die Vertretung regionaler Interessen auch weiterhin sicherzustellen.

Bezirksämter sind das »Gesicht der Verwaltung«

Kundenfreundlichkeit und Bürgernähe sind die entscheidenden Stichworte. Die Bezirksämter sind das „Gesicht der Verwaltung“.

Sie haben die meisten Kundenkontakte. Die Rolle des Staates hat sich aber in den Augen der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Die Menschen erwarten eine partnerschaftliche, dienstleistungsorientierte Einstellung aller Beteiligten. Die meisten Menschen möchten ihr eigenes Leben weitgehend unabhängig von staatlichen Reglementierungen gestalten können. Hinzu kommt der Wunsch, zwischen verschiedenen Dienstleistern auswählen zu können und nicht länger auf einen staatlichen Monopolisten angewiesen zu sein. Daran muss sich jede Modernisierung der öffentlichen Verwaltung messen lassen. Und diese Grundsatzentscheidung wird nun in enger Zusammenarbeit der Fachbehörden umgesetzt.

stärkt, weil sie nun eigenes Personal erhalten, um gegen störendes Verhalten jeder Art vorzugehen.

Die Bezirke können dabei gezielt Schwerpunkte nach regionalen Gesichtspunkten setzen. Die im neuen Ordnungsdienst zusammengefassten Mitarbeiter erlangen eine wachsende regionale Kompetenz, was die Identifikation der Bevölkerung mit „ihrem“ BOD fördert.

Der BOD wird – neben der Polizei – auch Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs übernehmen.

führungsaufgaben bei der Stadterneuerung, der Vermittlung Rollstuhlfahrer gerechter Wohnungen, der Adoptionsvermittlung, der Forstverwaltung, des Landesabgabenamtes, den Hilfen nach dem Betreuungsgesetz, den denkmalpflegerischen Genehmigungsvorbehalt sowie fünf weitere Naturschutzgebiete übertragen bekommen.

Die politischen Einflussmöglichkeiten der Bezirksversammlungen in Angelegenheiten der so genannten Unteren Straßenverkehrsbehörde – zum Beispiel bei Entscheidungen über Tempo-30-Zonen und Fußgängerüberwege – werden verbessert werden.

Einheitliche Schulkleidung bringt viele Vorteile

Die Behörde für Bildung und Sport hat die vergangenen Monate intensiv genutzt, um das Ersuchen der Bürgerschaft zur Förderung der Einführung einheitlicher Schulkleidung umzusetzen. Die CDU-Fraktion hatte den Senat auf Initiative ihres Jugendexperten Klaus-Peter Hesse gebeten, Schulen und Klassen, bei de-

nen Schüler, Eltern und Lehrern sich für die Einführung einheitlicher Schulkleidung auszusprechen, mit Rat und logistischer Hilfe zu unterstützen. Bei Grundschulen soll der Senat für die Einführung einheitlicher Schulkleidung werben.

Mittlerweile gibt es zwölf Schulen in Hamburg, die frei-

willig Schulkleidung in einzelnen Klassen eingeführt haben. Zum Schuljahresanfang wurden zudem 50.000 Flyer an Eltern, Lehrer und andere Multiplikatoren verteilt, die über häufige Fragen und bereits gemachte Erfahrungen informieren. Dieser Handzettel kann auch auf der von der Schulbehörde eingerichteten

Homepage unter www.schulkleidung.hamburg.de bestellt oder heruntergeladen werden. Zudem ist ein Wettbewerb geplant, der das Thema einheitliche Schulkleidung aufgreift und dem Gewinner finanziell die Umsetzung seiner Idee ermöglicht. Ein fester Ansprechpartner (thomas.albrecht@bbs.hamburg.de)

wird zukünftig in der Behörde Interessenten beraten und unterstützen.

Hamburg ist damit bundesweiter Vorreiter bei der Einführung einheitlicher Schulkleidung. Künftig wird sich Karin Brose, eine in Sachen Schulkleidung hoch kompetente Lehrerin, im Auftrag der Schulbehörde auf Veranstaltungen für die Einführung einsetzen und von ihren umfangreichen Erfahrungen an der Schule Sinstorf berichten. Die Voraussetzungen sind somit hervorragend. Eltern, Lehrer und Schüler sollten sich jetzt aktiv mit der Einführung einheitlicher Schulkleidung befassen und die Angebote nutzen.

Die Erfahrungen von Schulen mit einheitlicher Schulkleidung sind sehr positiv. Ihre Schüler lernen besser, sind rücksichtsvoller und können sich besser konzentrieren. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit der eigenen Schule werden gestärkt. Ein verbessertes soziales Klima sowie erhöhte Integrationsmöglichkeiten sind weitere positive Erfolge von einheitlicher Schulkleidung. Dem Druck in Fragen der Markenkleidung auf den Schulhöfen kann ebenfalls entgegen gewirkt werden. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Markenzwang“ lässt Schülerinnen und Schüler erkennen, dass Selbstwertgefühl aufgrund von Persön-

lichkeit und Sozialkompetenz erworben wird und nicht über die Identifikation mit Markenkleidung. Eine wissenschaftliche Studie der Universität Gießen dokumentiert das besondere Wohlbefinden der Schüler durch einheitliche Schulkleidung.

Die nächsten Bürgerschaftssitzungen finden an den folgenden Tagen statt:

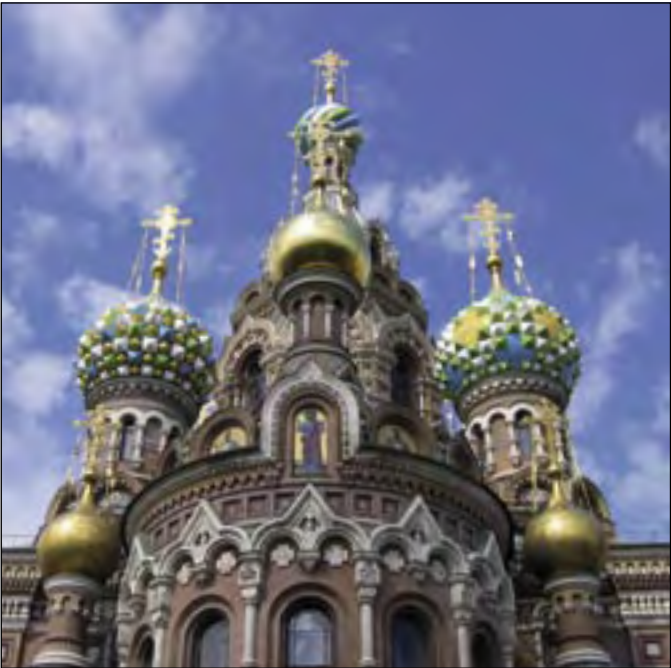
- **Mi., 27.09.06**
- **Do., 28.09.06**
- **Mi., 11.10.06**
- **Mi., 15.11.06**
- **Do., 16.11.06**

Alle Sitzungen sind öffentlich!
Detaillierte Informationen über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse erhalten Sie im Internet unter:
www.hamburgische-buergerschaft.de

Nordwestrussland – wichtiger Partner für Hamburg

Vor wenigen Wochen diskutierten im Rathaus Experten auf Einladung des europapolitischen Sprechers der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Rolf Harlinghausen, mit interessierten Bürgern über die Beziehung zwischen Hamburg und Nordwestrussland. Durch Referenten aus ganz verschiedenen Bereichen konnte das Verhältnis zwischen Hamburg und dem nordwestlichen Russland aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet werden. Allgemeiner Grundtenor war, dass beide Seiten von dieser Partnerschaft profitieren

können. Eine zentrale Rolle spielen dabei die wirtschaftlichen Beziehungen: So ist etwa Russland das viert wichtigste Partnerland des Hamburger Hafens. Die Hansestadt ist ein interessanter Partner in Sachen Forschung und in der Kultur sowie ein begehrtes Reiseziel für russische Touristen. Eine besonders intensive Beziehung besteht mit der Partnerstadt Sankt Petersburg, wo Hamburg im vergangenen Jahr durch die Eröffnung eines Hanse-Office gemeinsam mit Schleswig-Holstein seine Präsenz noch verstärkt hat. Dane-



ben gewinnen aber auch andere Städte wie Pskov, Novgorod und Archangelsk eine zunehmende Bedeutung. Auch Schwierigkeiten in den Beziehungen mit Russland wurden nicht verschwiegen: Hingewiesen wurde zum Beispiel auf die mangelnde Pressefreiheit für russische Journalisten. Berichtet wurde auch über Sorgen vor allem mittelständischer Unternehmen bei Investitionen in Russland. Problematisch seien hier die mangelnde Rechtssicherheit, das Ausmaß der Korruption und die komplizierten bürokratischen Wege. In der Diskussion mit dem Publikum kamen speziell die Schwierigkeiten im Reiseverkehr durch die Vi-

sumspflicht zur Sprache. Hier sollten gemeinsame Lösungen zwischen der EU und Russland gesucht werden, um den Tourismus zu erleichtern. Die Veranstaltung bot eine Plattform, sich mit den Erfolgen, aber auch mit den Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Hamburg und Nordwestrussland auseinanderzusetzen. Deutlich wurde, dass die Chancen einer Zusammenarbeit besonders in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus durch das gemeinsame Lösen der aufgezeigten Probleme noch besser genutzt werden könnten.

Weltzukunftsrat kommt nach Hamburg

Nachhaltige Entwicklung ist ein wesentliches Fundament für die Konzeption der Wachsenden Stadt. Globale Probleme müssen heute gemeinschaftlich angegangen werden, die Zukunftsfragen kennen keine nationalen oder ethnischen Grenzen. Vor diesem Hintergrund ist die Idee zur Gründung des Weltzukunftsrates entstanden. Rüdiger Kruse, Fachsprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion für Nachhaltige Entwicklung, war an den Beratungen für die Errichtung des Weltzukunftsrates beteiligt und hat

sich intensiv für Hamburg als Sitz des Generalsekretariats dieser neuen Institution eingesetzt. Bürgermeister Ole von Beust hat das Projekt zur Chefsache gemacht. Der Hauptsitz des Weltzukunftsrates kommt jetzt nach Hamburg und wird von hier aus als weltumspannendes Netzwerk einen sehr wichtigen Beitrag leisten, die Welt in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht zukunfts-fähig zu machen.

Verkehre optimieren – Brücken bauen – Menschen verbinden

Unter diesem Motto stand ein gemeinsamer Kongress der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg und der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein. Die Veranstaltung bot den beiden Bundesländern sowie Politikern und Fachleuten aus Schweden und Dänemark eine Plattform, um intensiv über gemeinsame grenzüberschreitende nordeuropäische Verkehrsprojekte zu diskutieren. Die Hamburger CDU-Fraktion war durch ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und baupolitischen Sprecher Hans-Detlef Roock vertreten. Einig waren sich die Fachleute,

dass nur eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur dauerhaft die Wachstumsregion im Norden Deutschlands und in Skandinavien konkurrenzfähig machen kann. Eines der zentralen Zukunftsprojekte ist die feste Fehmarnbelt-Querung. Das wird sowohl von Schleswig-Holstein und Hamburg als auch von Skandinavien so gesehen. Noch im September 2006 wird dazu eine Investorenkonferenz in Berlin stattfinden. Es ist also mit einer Regierungsentscheidung bis Ende dieses Jahres zu rechnen. Gemeinsam machten sich die norddeutschen Vertreter für

das Projekt A 20 stark. Diese Autobahn hat für Hamburg und Schleswig-Holstein oberste Priorität, da sie außerordentlich wichtig ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Norddeutschlands. Um die Vorteile dieser Straße vollständig nutzen zu können, bedarf es einer neuen Elbquerung bei Glückstadt. Die Investoren benötigen aber vorher Klarheit darüber, welche Trasse der A 22 in Niedersachsen gebaut werden soll. Die Bitte an Niedersachsen lautet, die Planungen dafür zügig voranzutreiben und einen konkreten Zeitplan für die Realisierung vorzulegen.

Die Teilnehmer der Verkehrskonferenz haben sich intensiv über gemeinschaftliche Infrastrukturprojekte ausgetauscht und werden deren Verwirklichung bei der Bundesregierung einfordern. Hierfür wurde am Ende der Veranstaltung eine Resolution einstimmig angenommen, die die wichtigsten gemeinsamen Projekte benennt. Diese Resolution kann bei der Einblicke-Redaktion kostenlos angefordert werden.

Politikglossar 15: Hamburgs Städtepartnerschaften

Hamburgs Politik wollte und will Brücken schlagen. Jede einzelne unserer Städtepartnerschaften hat dabei ihre eigene Geschichte und Bedeutung. Historisch gab es nach 1945 zwei Phasen, in denen sich Hamburg zu partnerschaftlichen Beziehungen mit anderen Städten entschloss. Die 50er Jahre standen im Zeichen der Aussöhnung mit dem Westen und des Kalten Krieges mit dem Osten. Die zweite Hälfte der 80er Jahre war gekennzeichnet von den Reformprozessen in Osteuropa.

Durch die mündliche Vereinbarung über eine Städtefreundschaft mit dem damaligen Lenin-

grad (St. Petersburg) im Jahr 1957 gehörten Hamburger Politiker zu den ersten, die auf regionaler und kommunaler Ebene den Eisernen Vorhang durch die schrittweise Annäherung durchlässiger gemacht haben.

Jahrzehntelang hat Hamburg den konsequenten Ausbau der Beziehungen zum damaligen Leningrad betrieben, was es für das heutige St. Petersburg zu einem privilegierten Ansprechpartner in Westeuropa macht.

Die Städtepartnerschaft mit Dresden aus dem Jahre 1987 und mit Prag (1990) hat diese Politik fortgesetzt. Die erneu-

te Verbindung zum traditionellen Hinterland Hamburgs, dem Wirtschaftsraum Sachsen-Böhmen, ist fast fünf Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges gelungen.

Anders verhielt es sich mit Marseille, mit dem Hamburg 1958 als eine der ersten Städte Deutschlands eine Städtepartnerschaft schloss. In den 50er Jahren gehörte die deutsch-französische Aussöhnung zu den wichtigsten Forderungen deutscher und europäischer Politik.

Neben Marseille, das für die Aussöhnung mit dem Westen steht, und St. Petersburg, Dres-

den und Prag, die für die Annäherung an den Osten stehen, unterhält Hamburg vier weitere Städtepartnerschaften: Shanghai in China (1986), Osaka in Japan (1989), León in Nicaragua (1989) und Chicago in den Vereinigten Staaten von Amerika (1994).

Die Partnerschaften stellen den wichtigen Versuch Hamburgs dar, auf wirtschaftlichem und entwicklungspolischem Gebiet zu kooperieren und somit seiner Verantwortung und seiner Tradition als weltoffene Handelsstadt gerecht zu werden.

CDU

BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
HAMBURG

Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG
20354 Hamburg

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion
Redaktion Einblicke
V. i. S. d. P.: Hein von Schassen

Poststraße 11
20354 Hamburg
Telefon: (040) 428 31-1374
Telefax: (040) 428 31-2526
E-Mail: pressestelle@cdu-hamburg.de
Internet: www.cdu-hamburg.de